

April II 2022

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Keine Einigkeit zum Ukraine-Kurs der Bundesregierung.....	2
Zuspruch zu Flüchtlingsaufnahme und finanziellen Hilfen, Lieferung schwere Waffen umstritten	3
Mehrheit für schrittweise Beendigung von russischen Gas- und Ölimporten	6
Regierungszufriedenheit rückläufig, Grüne am stärksten bewertet.....	7
Politikerzufriedenheit: Baerbock und Habeck bleiben vorn, Scholz verliert.....	10
Bewertung von Scholz: umsichtig, aber wenig überzeugend in der Kommunikation. 11	
Sonntagsfrage: wenig Bewegung, Linke nur noch bei 3 Prozent.....	12
Studieninformation.....	14

Zusammenfassung

Der Krieg in der Ukraine bestimmt seit mehr als zwei Monaten die bundespolitische Agenda und sorgt zunehmend für innenpolitische Kontroversen. Zum aktuellen Kurs der Bundesregierung besteht in der Bevölkerung keine Einigkeit. Knapp vier von zehn bewerten die Politik der Ampel-Koalition seit dem russischen Einmarsch als angemessen, für 41 Prozent geht die Reaktion der Bundesregierung nicht weit genug, für jeden Siebten geht sie bereits zu weit. Als mehrheitlich angemessen bezeichnen die Bundesbürger die Aufnahme und Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in Deutschland, aber auch die finanziellen Hilfen gegenüber der Ukraine. Hinsichtlich der diplomatischen Anstrengungen Deutschlands zur Beilegung des Konflikts gehen die Meinungen dagegen auseinander. Vier von zehn betrachten sie als angemessen, ebenso vielen genügen sie jedoch nicht.

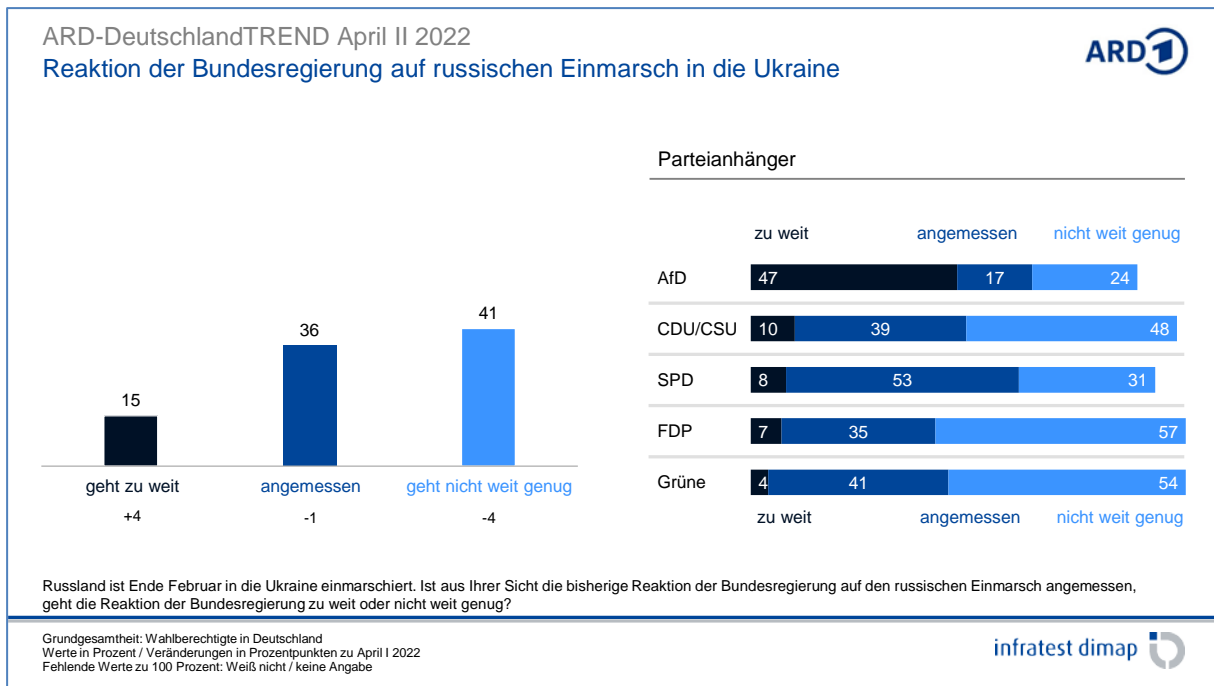
Alles andere als einig sind sich die Bundesbürger auch in der Frage von Waffenlieferungen. In der Entscheidung über Militärhilfen für die Ukraine setzen zwar 52 Prozent der Deutschen auf Entschlossenheit und Härte gegenüber Russland, vier von zehn jedoch auf Zurückhaltung, um Russland nicht zu provozieren. Zugleich sprechen sich derzeit nur 31 Prozent dezidiert für weitergehende Anstrengungen aus. Für ein gutes Drittel gilt die bisherige Unterstützung der Ukraine mit Waffen dagegen als angemessen, während sie für jeden Vierten bereits zu weit geht. Sichtbar uneins sind sich die Deutschen in der konkreten Frage zur Lieferung schwerer Waffentechnik wie Panzer. Klare Fürsprecher finden sich allein in den Reihen von FDP und Grünen. Die deutsche Sanktionspolitik gegenüber Russland gilt bei einem Drittel als angemessen. Die Hälfte pocht dagegen auf einen schärferen Kurs. Zugleich jedoch bleiben die Bundesbürger gegenüber schnellen Boykottschritten bei Öl- und Gas-Importen äußerst zurückhaltend. Einen sofortigen Importstopp von russischen Energieträgern unterstützt nur jeder Fünfte, über die Hälfte spricht sich für eine schrittweise Beendigung von russischen Energie-Importen in den kommenden Jahren aus, jeder Fünfte möchte an ihnen sogar grundsätzlich festhalten, darunter doppelt so viele Ost- wie Westdeutsche.

Angesichts keineswegs eindeutiger und widerspruchsfreier Vorstellungen der Bürger von einer angemessenen Ukraine-Politik fällt es der Berliner Ampelkoalition momentan schwer, eine Mehrheit der Bevölkerung mit ihren Regierungsleistungen zu überzeugen. Momentan überwiegt die Kritik an ihrer Arbeit. Allerdings kommen die Bündnispartner mit dem aktuellen Krisenkontext unterschiedlich zurende. Ungewöhnlich ist, dass nicht die Kanzlerpartei, sondern einer der kleineren Koalitionspartner im Bürgerurteil am besten abschneidet. Die Grünen-Partei punktet mit ihrer Regierungsarbeit bei vier von zehn Wahlberechtigten, die SPD bei einem guten Drittel, ebenso wie die FDP. Gleichzeitig erzielen die Grünen-Koalitionsspitzen derzeit die größten Sympathien in der Bevölkerung. Während Außenministerin Baerbock und Wirtschaftsminister Habeck mit Bestwerten die Politikerliste anführen, fällt Olaf Scholz auf den niedrigsten Wert seit Übernahme des Kanzleramts. Den vor der Bundestagswahl bestehenden Erwartungen an seine Person wird der SPD-Amtsinhaber aktuell nur zum Teil gerecht. Waren sich im vergangenen September zwei Drittel sicher, dass er dem Amt des Bundeskanzlers gewachsen sei, gelangt nunmehr knapp die Hälfte zu diesem Urteil. Statt sechs von zehn sind aktuell 37 Prozent der Ansicht, dass er das Land gut durch Krisen führen kann. 64 Prozent haben dabei keine Zweifel, dass der Kanzler momentan umsichtig handelt. Schwerer wiegen Fragen der Politikvermittlung. Für nur jeden Vierten kommuniziert der Kanzler überzeugend. Im Ergebnis findet auch sein persönlicher Kurs im Ukraine-Krieg nur bei jedem Dritten Anklang.

In der bundespolitischen Stimmung ergeben sich nur wenig Veränderungen. Die CDU/CSU legt zu Monatsbeginn geringfügig auf 26 Prozent (+1) zu, die SPD hätte unverändert 24 Prozent in Aussicht. Die Grünen verlieren leicht und könnten mit 18 Prozent (-1) rechnen, AfD und FDP weiterhin mit 11 bzw. 9 Prozent. Die Linke liegt mit 3 Prozent (-1) schwächer als zu Beginn des Monats. Seit der Fusion von PDS und WASG lag die Partei im ARD-DeutschlandTREND durchweg besser als aktuell. Die PDS hatte letztmalig im Dezember 2003 in der Sonntagsfrage ähnlich schlecht abgeschnitten.

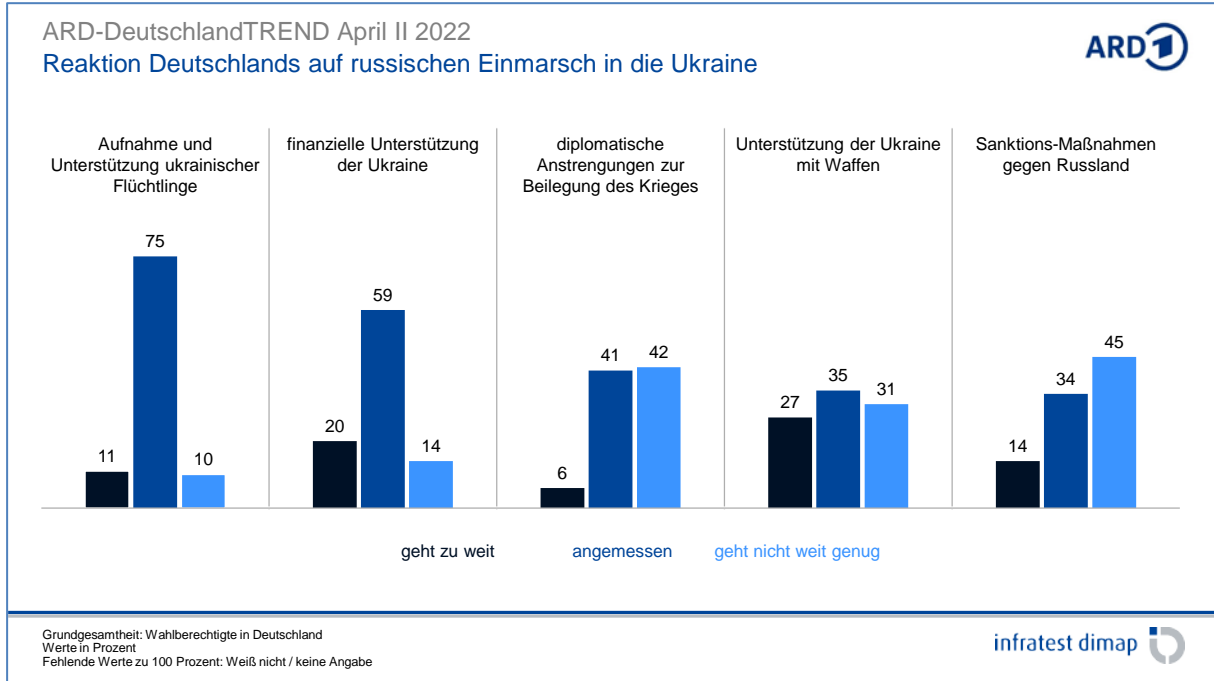
Keine Einigkeit zum Ukraine-Kurs der Bundesregierung

Der Ukraine-Krieg bestimmt derzeit die bundespolitische Agenda und sorgt zunehmend für innenpolitische Kontroversen. Zum Regierungskurs im Ukraine-Krieg besteht in der Bevölkerung keine Einigkeit. Weiterhin ist für knapp vier von zehn (36 Prozent; -1) die Politik der Ampel-Koalition seit dem russischen Einmarsch angemessen, für 41 Prozent (-4) und damit etwas weniger als zu Monatsbeginn geht die Reaktion der Bundesregierung nicht weit genug, für jeden Siebten (15 Prozent; +4) geht sie bereits zu weit.

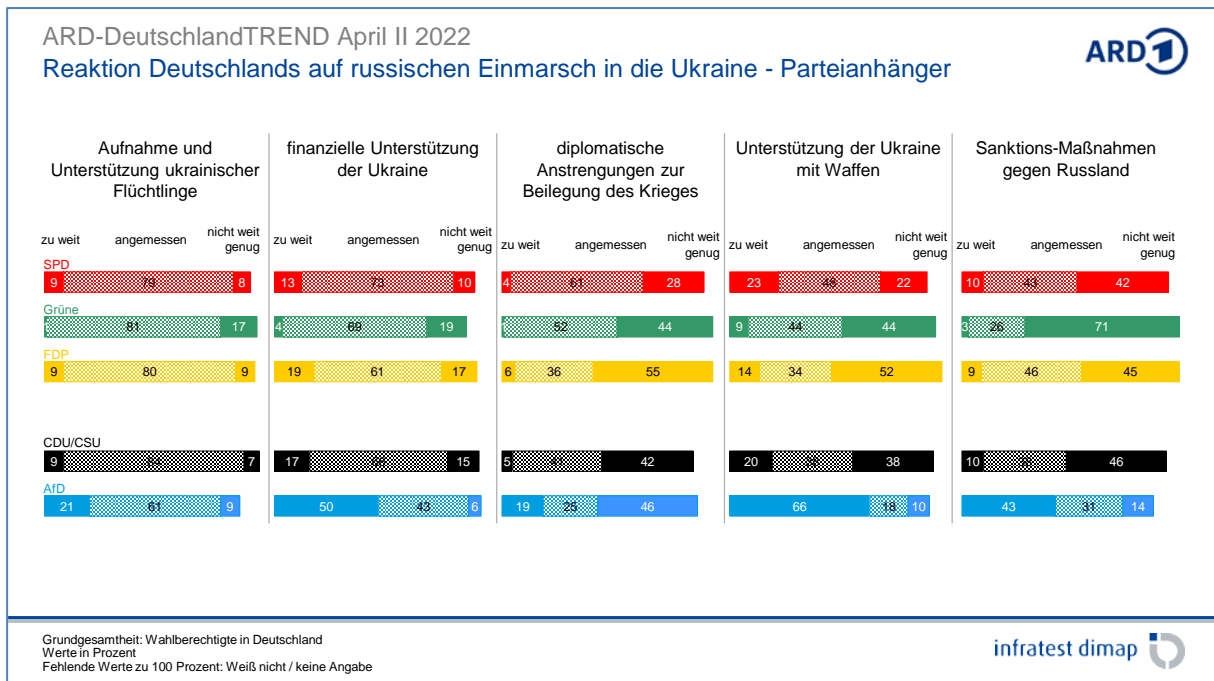


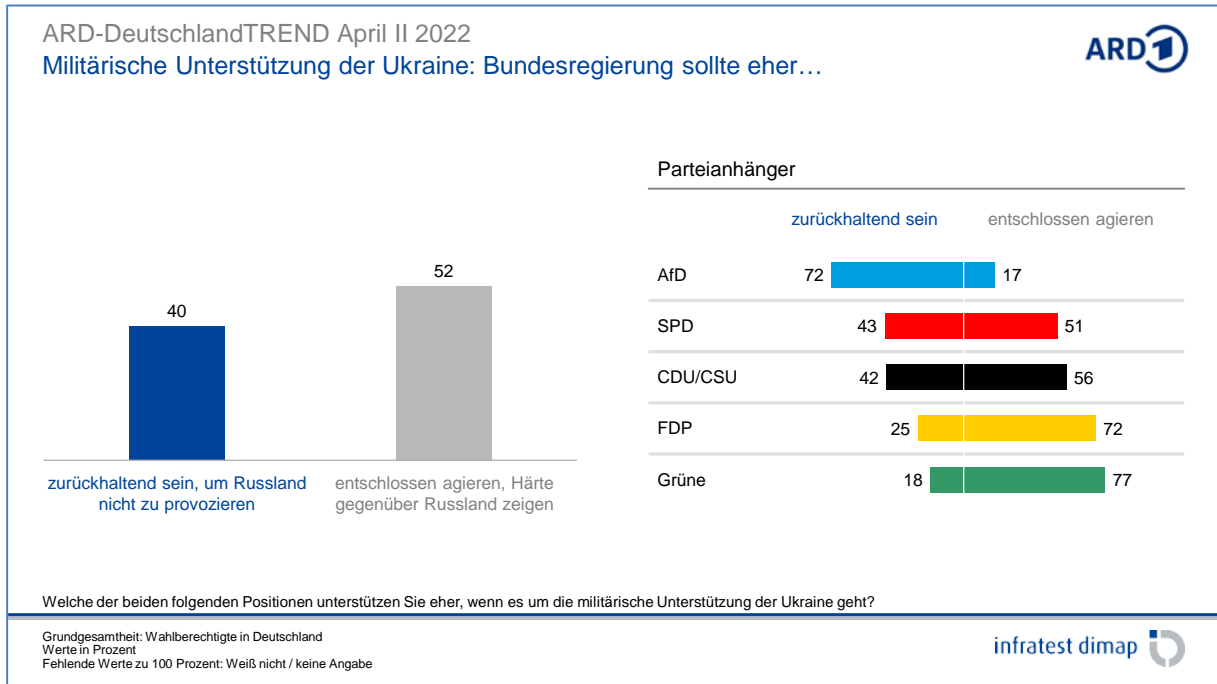
Unterschiedliche Bewertungen hinsichtlich der aktuellen Ukraine-Politik der Bundesregierung bestehen in den Reihen der Koalitionsparteien. Von den SPD-Anhängern (53 Prozent) hält über die Hälfte den derzeitigen Regierungskurs für angemessen. Unter den Wählern von Grünen (54 Prozent) und FDP (57 Prozent) überwiegt dagegen jeweils die Forderung nach weitergehenden Schritten. Von den Unions-Anhängern favorisiert knapp die Hälfte (48 Prozent) eine stärkere Reaktion Deutschlands, während vier von zehn (39 Prozent) die Regierung mit ihrer Ukraine-Politik unterstützen. Jeder zweite AfD-Anhänger (47 Prozent) lehnt den Berliner Regierungskurs im Ukraine-Konflikt als überzogen ab.

Zuspruch zu Flüchtlingsaufnahme und finanziellen Hilfen, Lieferung schwerer Waffen umstritten



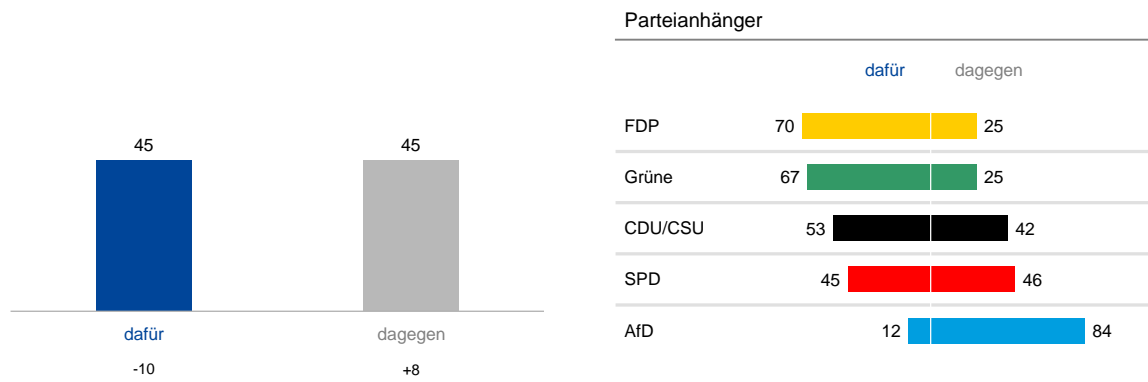
Als mehrheitlich angemessen bezeichnen die Bundesbürger die Aufnahme und Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in Deutschland (75 Prozent), aber auch die finanziellen Hilfen für die Ukraine (59 Prozent). Weniger einig sind sich die Bundesbürger hinsichtlich der diplomatischen Anstrengungen Deutschlands zur Beilegung des Konflikts, die vier von zehn als angemessen betrachten (41 Prozent), ebenso viele (42 Prozent) jedoch als nicht ausreichend kritisieren.





Alles andere als leicht tun sich die Bundesbürger in der Frage von Waffenlieferungen. In der Entscheidung über Militärhilfen für die Ukraine setzen zwar 52 Prozent der Deutschen auf Entschlossenheit und Härte gegenüber Russland, vier von zehn (40 Prozent) jedoch weiter auf Zurückhaltung, um Russland nicht zu provozieren. Zugleich sprechen sich derzeit nur 31 Prozent dezidiert für weitergehende Anstrengungen aus. Für ein gutes Drittel (35 Prozent) gilt die bisherige Unterstützung der Ukraine mit Waffen dagegen als angemessen, während für jeden Vierten (27 Prozent) bisherige Waffenlieferungen bereits zu weit gehen.

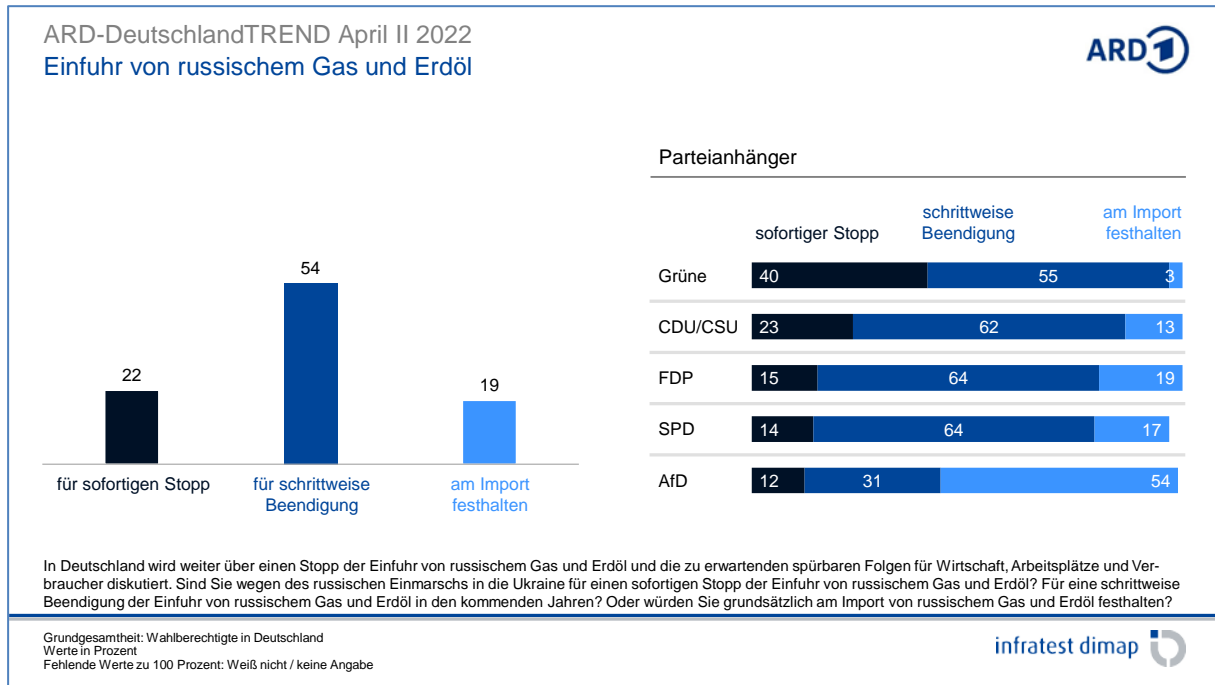
ARD-DeutschlandTREND April II 2022
Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine



Die Bundesregierung hat die Ukraine in den letzten Wochen bereits mit militärischer Ausrüstung und Waffenlieferungen unterstützt. Im Gespräch ist auch die Lieferung von sogenannten schweren Waffen wie Panzern. Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach auch schwere Waffen an die Ukraine liefern oder nicht?

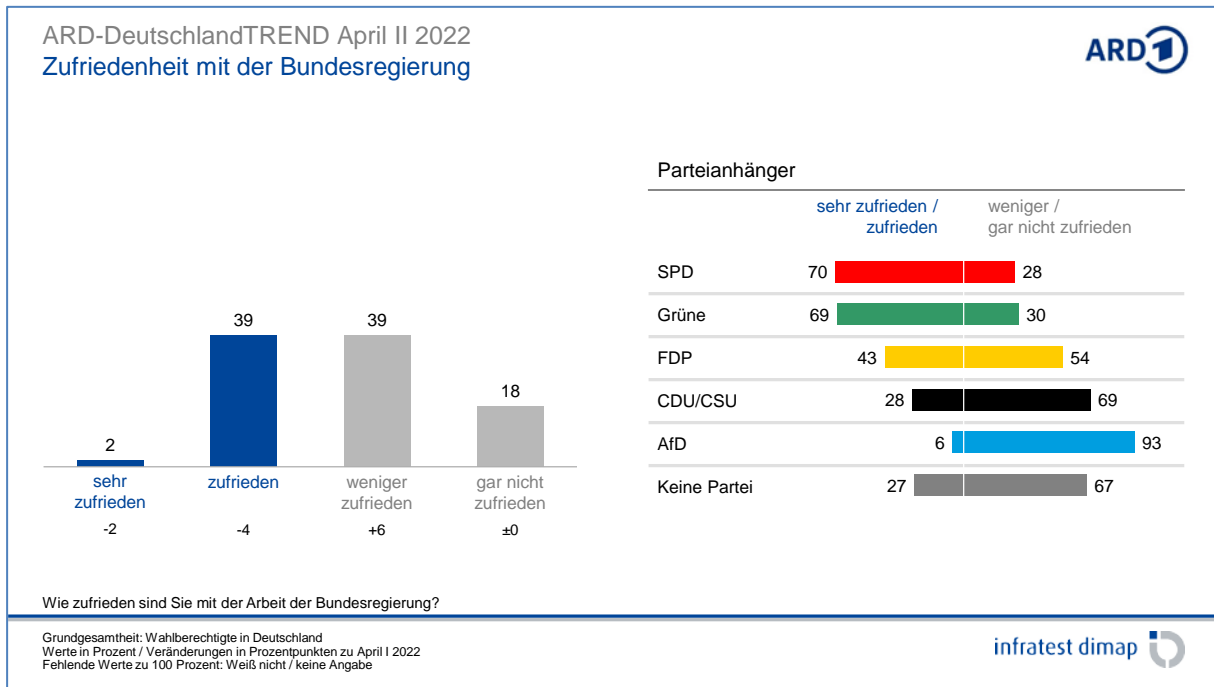
In der konkreten Frage zur Lieferung schwerer Waffentechnik wie Panzer, wie sie vom Kabinett in dieser Woche angekündigt wurde, sind sich die Deutschen zudem uneins. 45 Prozent sprechen sich aktuell dafür, 45 Prozent dagegen aus. Klare Fürsprecher finden sich allein in den Reihen von FDP (70:25 Prozent) und Grünen (67:25 Prozent). Von den Unions-Anhängern äußert sich zwar gut die Hälfte zustimmend (53 Prozent), immerhin 42 Prozent melden dagegen Widerspruch an. Tief gespalten präsentieren sich die Anhänger der SPD (45:46 Prozent). Deutlich ablehnend äußern sich die Wähler der AfD (12:84 Prozent).

Mehrheit für schrittweise Beendigung von russischen Gas- und Ölimporten



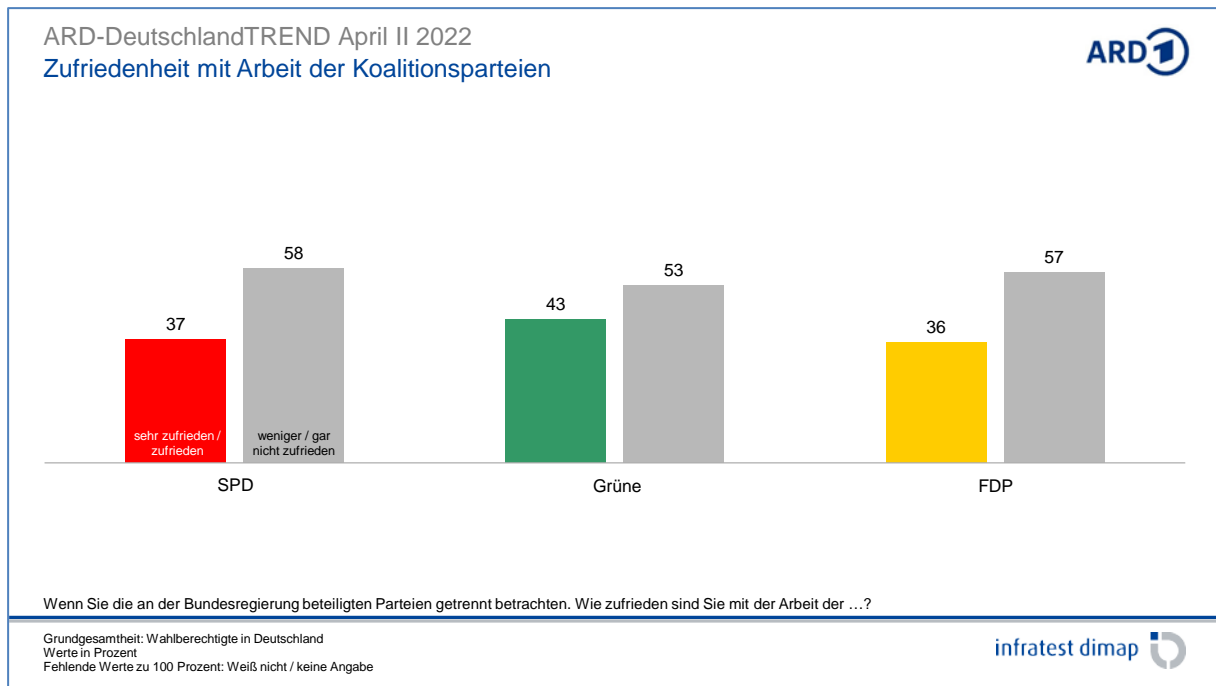
Die deutsche Sanktionspolitik gegenüber Russland gilt bei einem guten Drittel (34 Prozent) als angemessen. 45 Prozent pochen dagegen auf einen schärferen Kurs. Zugleich jedoch bleiben die Bundesbürger gegenüber schnellen Boykottschritten bei Öl- und Gas-Importen äußerst zurückhaltend. Einen sofortigen Importstopp von russischen Energieträgern unterstützt nur jeder Fünfte (22 Prozent), über die Hälfte (54 Prozent) spricht sich für eine schrittweise Beendigung von russischen Energie-Importen in den kommenden Jahren aus, jeder Fünfte (19 Prozent) möchte an ihnen sogar grundsätzlich festhalten, darunter etwa doppelt so viele Ost- wie Westdeutsche (32:15 Prozent).

Regierungszufriedenheit rückläufig, Grüne am stärksten bewertet

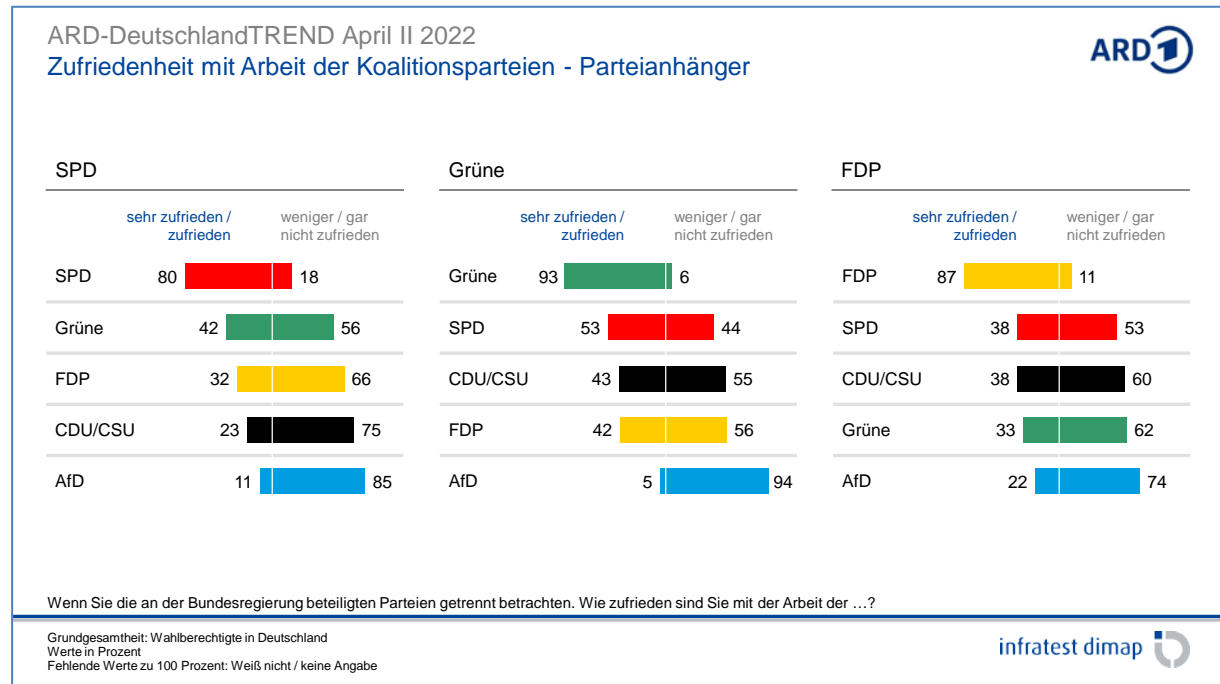


Angesichts keineswegs eindeutiger und widerspruchsfreier Vorstellungen der Bürger bei dem derzeit dominierenden Ukraine-Thema fällt es der Berliner Ampelkoalition momentan schwer, eine Mehrheit der Bevölkerung mit ihren Regierungsleistungen zu überzeugen. Erstmals seit Regierungsantritt überwiegt die Kritik an der Arbeit des Drei-Parteien-Bündnisses deutlich: 41 Prozent (-6 zu Monatsbeginn) der Wahlberechtigten äußern sich momentan zufrieden, 57 Prozent (+6) unzufrieden. Zu einem positiven Urteil gelangen die Anhänger von SPD (70:28 Prozent) und Grünen (69:30 Prozent), während bei den FDP-Anhängern die negativen Stimmen zur eigenen Koalition die Kritik überwiegen (43:54 Prozent). Deutliche Kritik kommt aus den Reihen von Union (28:69 Prozent), vor allem aber der AfD (6:93 Prozent).

Die Sicht auf die Regierungsarbeit fällt für die einzelnen Bündnispartner unterschiedlich aus. Eher ungewöhnlich ist, dass nicht die Kanzlerpartei, sondern einer der beiden kleineren Koalitionspartner im Bürgerurteil am besten abschneidet. Die Grünen überzeugen mit ihrer Regierungsarbeit vier von zehn Wahlberechtigten (43 Prozent), die Sozialdemokraten ein gutes Drittel (37 Prozent), ebenso wie die Liberalen (36 Prozent).

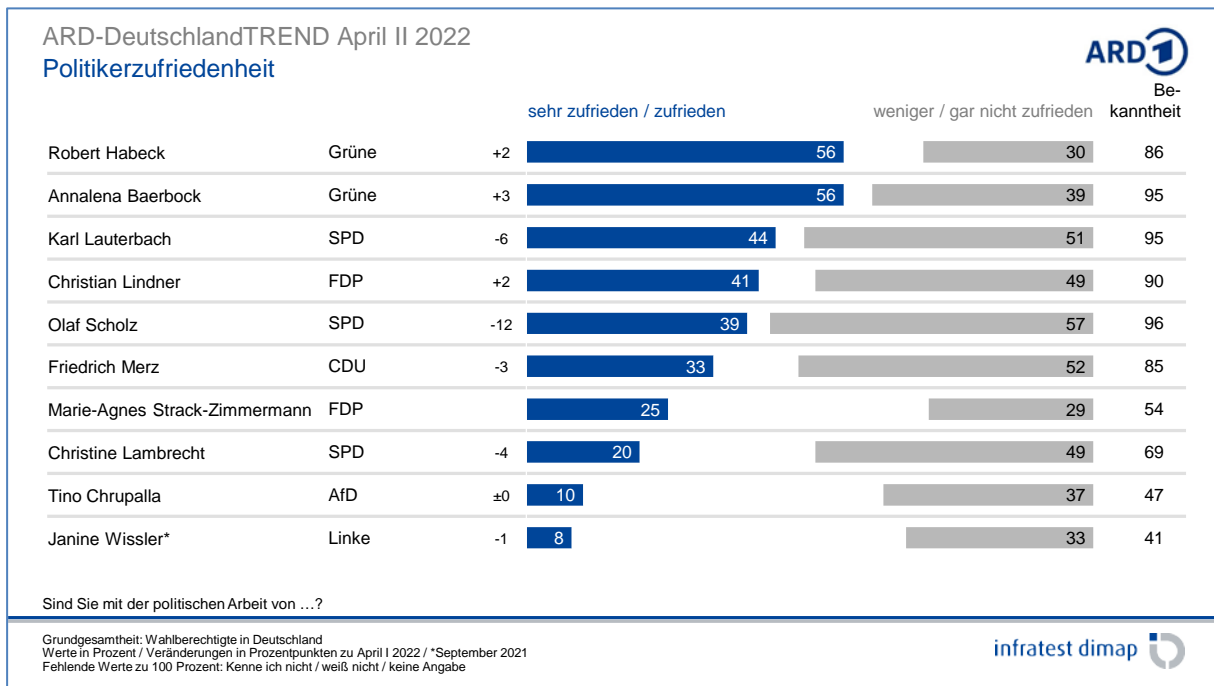


Die Grünen finden dabei mit ihrer Arbeit nicht nur in den eigenen Reihen (93 Prozent) jeweils größeren Rückhalt als SPD (80 Prozent) und FDP (87 Prozent), sie können auch am ehesten über die eigene Anhängerschaft hinaus punkten. Zugleich treten vier Monate nach Amtsantritt der Ampelkoalition Unstimmigkeiten zwischen den Anhängern der drei Koalitionsparteien zutage. So finden SPD und FDP mit ihren jeweiligen Regierungsleistungen allein in der eigenen Anhängerschaft mehrheitlichen Zuspruch, nicht jedoch in den Reihen ihrer Koalitionspartner. Die Leistungen der Grünen wiederum werden zwar von den SPD-Wählern eher positiv beurteilt, keineswegs jedoch von denen der FDP.



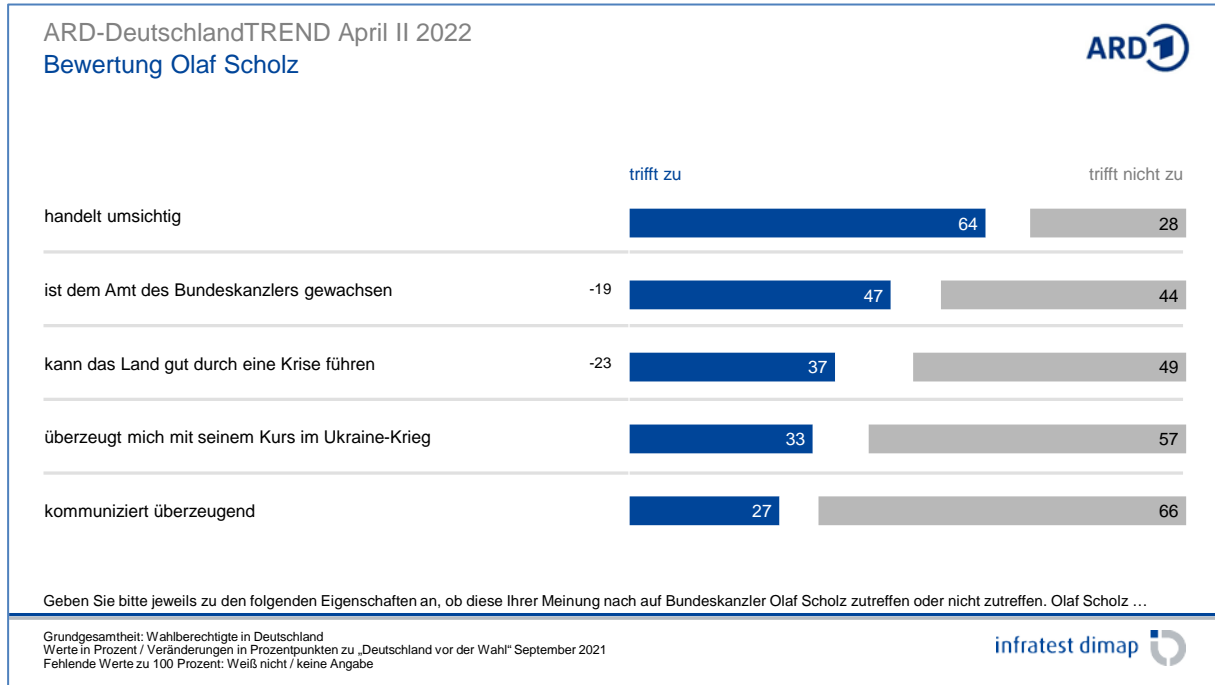
Politikerzufriedenheit: Baerbock und Habeck bleiben vorn, Scholz verliert

Getragen ist das momentane Bild von der Grünen-Regierungsarbeit nicht zuletzt durch die populären Koalitionsspitzen der Partei. Außenministerin Annalena Baerbock (56 Prozent; +3) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (56 Prozent; +2) führen aktuell die Politikerliste mit persönlichen Bestwerten an. Olaf Scholz verliert dagegen zum Monatsbeginn an Rückhalt und fällt auf den niedrigsten Wert seit Übernahme des Kanzleramts. Mit einem Zuspruch von 39 Prozent (-12) liegt er im aktuellen ARD-DeutschlandTREND hinter SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach (44 Prozent; -6) und auch hinter FDP-Finanzminister Christian Lindner (41 Prozent; +2). Mit deutlichem Rückstand auf den SPD-Kanzler folgt im Bevölkerungsurteil Friedrich Merz. Der CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzende muss sich weiterhin mit einem Platz im Mittelfeld zufriedengeben und gibt zum Monatsbeginn Sympathien ab (33 Prozent; -3).



Seit Ausbruch des Ukraine-Krieges steht die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann verstärkt in der Öffentlichkeit. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag ist mittlerweile gut jedem zweiten Wahlberechtigten ein Begriff und erzielt aktuell mit 25 Prozent einen größeren Zuspruch als SPD-Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (20 Prozent; -4). Auf den letzten Plätzen im Bevölkerungsurteil landen der AfD-Fraktionsvorsitzende Tino Chrupalla (10 Prozent; +/-0) sowie die verbliebene Linken-Vorsitzende Janine Wissler (8 Prozent; -1 zu September).

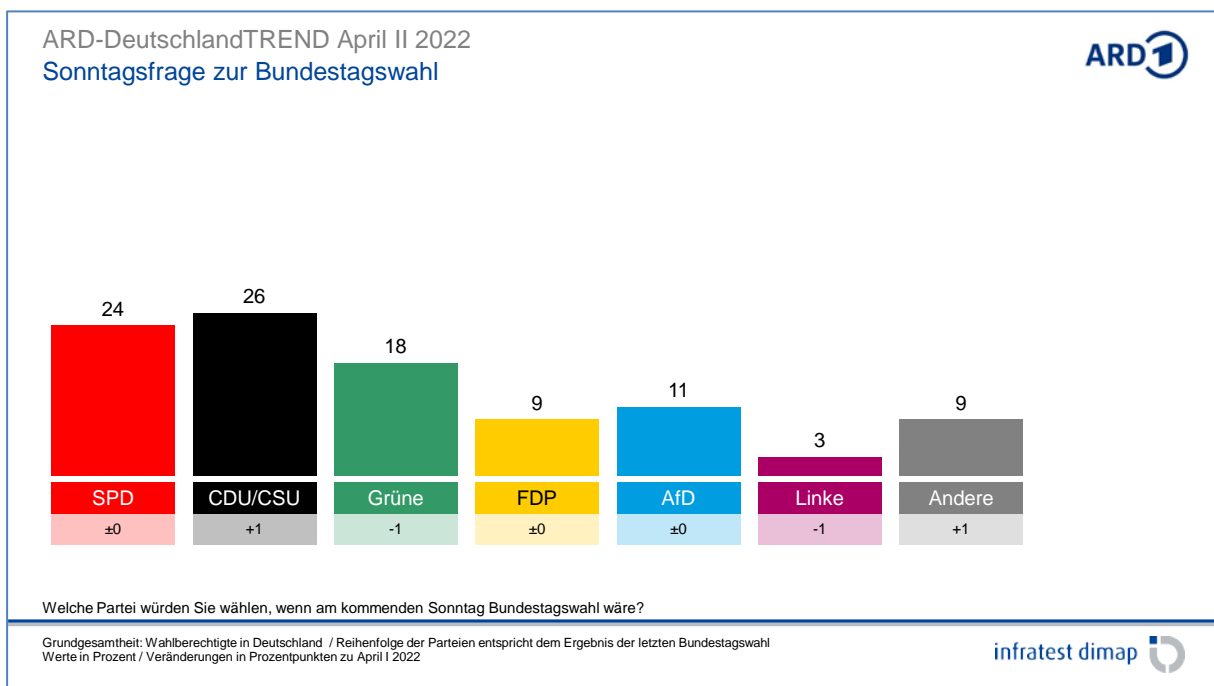
Bewertung von Scholz: umsichtig, aber wenig überzeugend in der Kommunikation



Olaf Scholz kann den vor der Bundestagswahl bestehenden Erwartungen an seine Person in der aktuellen Situation nur zum Teil gerecht werden: Waren sich im vergangenen September zwei Drittel sicher, dass er dem Amt des Bundeskanzlers gewachsen sei, kommen nunmehr 47 Prozent (-19) zu diesem Urteil. Statt sechs von zehn sind nunmehr 37 Prozent der Ansicht, dass Scholz das Land gut durch Krisen führen kann. 64 Prozent haben dabei keine Zweifel, dass der Kanzler momentan umsichtig handelt. Schwerer aber wiegen Fragen der Politikvermittlung. Für nur gut jeden Vierten (27 Prozent) kommuniziert der Kanzler überzeugend. Im Ergebnis findet auch sein persönlicher Kurs im Ukraine-Krieg momentan nur bei jedem Dritten (33 Prozent) Anklang.

Sonntagsfrage: wenig Bewegung, Linke nur noch bei 3 Prozent

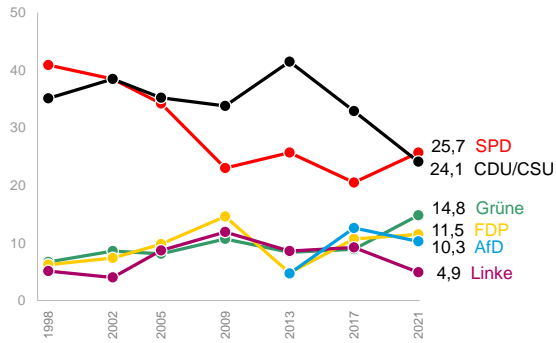
In der bundespolitischen Stimmung ergeben sich nur wenige Veränderungen. Die Union verbessert sich zu Monatsbeginn geringfügig auf 26 Prozent (+1), die SPD hätte unverändert 24 Prozent in Aussicht. Die Grünen verlieren leicht und könnten mit 18 Prozent (-1) rechnen, AfD und FDP weiterhin mit 11 bzw. 9 Prozent. Die Linke, die aktuell von Sexismus-Vorwürfen in verschiedenen Landesverbänden erschüttert wird, liegt mit 3 Prozent (-1) nochmals schwächer als zu Beginn des Monats. Seit der Fusion von PDS und WASG lag die Partei im ARD-DeutschlandTREND durchweg besser als aktuell. Die PDS hatte letztmalig im Dezember 2003 in der Sonntagsfrage ähnlich schlecht abgeschnitten. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf einen Wähleranteil von 9 Prozent (+1).



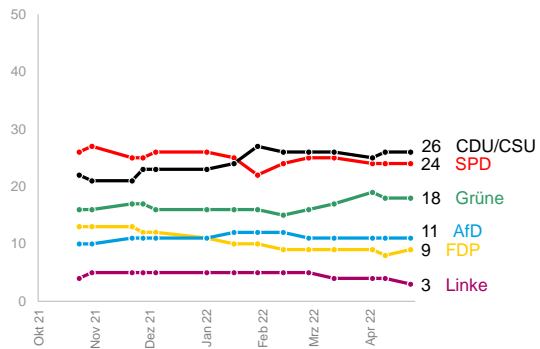
ARD-DeutschlandTREND April II 2022
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND April II 2022

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Elen Ehni	0221 220-1800
Redakteurin WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- (davon 60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobilfunk) und Online-Befragung	
Fallzahl	1.314 Befragte (859 Telefoninterviews und 455 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	25. bis 27. April 2022	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0